

28. 08. 81

Sachgebiet 63

## **Antwort der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Riedl (München), Haase (Kassel), Carstens (Emstek), Frau Berger (Berlin), Borchert, Dr. Friedmann, Gerster (Mainz), Glos, Dr. Hackel, Hauser (Bonn-Bad Godesberg), Metz, Picard, Dr. Rose, Schmitz (Baesweiler), Schröder (Lüneburg), Dr. Stavenhagen und der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache 9/738 —**

### **Haushaltsentwicklung 1981**

*Der Bundesminister der Finanzen – II A 2 – H 1322 – 30/81 – hat mit Schreiben vom 26. August 1981 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. Die Steuerschätzung vom Juni dieses Jahrs hat zu weiteren Steuermindereinnahmen gegenüber den Ansätzen im Bundeshaushalt 1981 von 750 Millionen DM geführt. Um diesen Betrag hat der Bundesminister der Finanzen in den von ihm in den letzten Wochen aufgestellten Haushaltsübersichten (vgl. z. B. Information Nr. 766 der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 27. Juli 1981) die Neuverschuldung des Jahrs 1981 von 33,8 auf 34,5 Milliarden DM erhöht.

Hat die Bundesregierung bereits vor ihrer finanzpolitischen Führungsauflage resigniert, wenigstens zu versuchen, Haushaltsmehrbelastungen gegenüber den im Bundeshaushalt 1981 vorgesehenen Ansätzen beim Vollzug des Haushalts ohne Erhöhung der Neuverschuldung aufzufangen?

In der erwähnten Übersicht war die im Haushalt 1981 ausgebliche Nettokreditaufnahme von 33,8 Mrd. DM für Zwecke einer Modellrechnung um die nach Verabschiedung des Haushalts wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche geschätzten Steuermindereinnahmen erhöht. Ich habe schon in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juni 1981 darauf hingewiesen (Stenographischer Bericht S. 2135 C), daß konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen, soweit ein Ausgleich nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben erreichbar ist, zu einer höheren Nettokreditaufnahme führen werden.

- 2.1. Welche konkreten Maßnahmen hat der Bundesminister der Finanzen getroffen, um die Erwirtschaftung der im Bundeshaushalt 1981 vorgesehenen globalen Minderausgabe in Höhe von 1,9 Milliarden DM sicherzustellen?
- 2.2. In welcher Höhe sind dazu ggf. für welche Einzelpläne vom Bundesminister der Finanzen Sperren verfügt worden, und welche Maßnahmen (wichtigere Positionen) werden davon in welcher Höhe betroffen?

Die Antworten zu Nummern 2.1 und 2.2 fasse ich wie folgt zusammen:

Noch vor Verkündung des Haushaltsgesetzes habe ich durch Rundschreiben vom 30. Juni 1981 nach § 41 BHO folgende Anordnung getroffen:

„Im Bundeshaushaltspflichtenplan 1981 sind die einzelnen Titel der sächsischen Verwaltungsausgaben (OGr. 51–54) in Höhe von 3 v. H., die einzelnen Titel der HGr. 6 (Zuweisungen und Zuschüsse), soweit sie nicht auf gesetzlichen oder internationalen Verpflichtungen beruhen, in Höhe von 10 v. H. gesperrt.“

Soweit die Ausgabesperrre bei einem Titel nicht erbracht werden kann, kann der Ausgleich mit vorheriger Zustimmung des Bundesministers der Finanzen bei einem anderen Ausgabetitel herbeigeführt werden. Zum Ausgleich dürfen Investitionsausgaben (HGr. 7 und 8) grundsätzlich nicht herangezogen werden.“

Die Auswirkungen dieser Ausgabesperrren auf einzelne Maßnahmen, Titel und Einzelpläne lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend genau ermitteln, weil die Abstimmung mit den Ressorts noch nicht abgeschlossen ist.

Das Bundesministerium der Finanzen wird entsprechend dem Ersuchen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. Juni 1981 im September 1981 einen mündlichen Zwischenbericht im Ausschuß zu den Ausgabesperrren 1981 geben.

- 2.3. In welchem Umfang mußten in welchen Einzelplänen vom Bundesminister der Finanzen verfügte Sperren auf Grund von Gegenvorstellungen der betroffenen Bundesminister wieder rückgängig gemacht werden?

Ausnahmen von der angeordneten Ausgabesperrre sind bisher nur in Einzelfällen zugelassen worden, wenn ein Ausgleich an anderer Stelle des Einzelplans angeboten wurde.

- 2.4. Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe nicht durch über- und außerplanmäßige Ausgaben in anderen Bereichen unterlaufen wird?

Über- und außerplanmäßige Ausgaben werden nur unter den Voraussetzungen des Artikels 112 GG in Verbindung mit § 37 BHO bewilligt. Von einem Unterlaufen der angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen kann nicht die Rede sein.

- 3.1. Wie hoch waren im ersten Halbjahr 1981 die Gesamtausgaben, das Finanzierungsdefizit, die Netto- und die Bruttokreditaufnahme des Bundes im Vergleich mit den entsprechenden Beträgen des ersten Halbjahrs 1980 (absolute Beträge und prozentuale Steigerungen)?

Zweckbestimmung	Januar bis Juni 1981	1980	Soll 1981
	– in Millionen DM –		
Ausgaben	119 960	109 510	231 155
Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	+ 9,5	+ 8,8	+ 7,2
Einnahmen	90 207	86 458	196 895
Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	+ 4,3	+ 7,9	+ 4,7
Bruttokreditaufnahme	51 117	37 525	75 378
Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	+ 36,2	+ 14,7	+ 26,5
Tilgungen	26 453	15 176	41 603
Nettokreditaufnahme	24 664	22 350	33 775
Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	+ 10,4	+ 10,5	+ 24,6

- 3.2. Bei welchen Ansätzen lag das Halbjahresergebnis 1981 bei mehr als 50 v.H. des Ansatzes (nur Mehrbeträge ab 10 Millionen DM aufwärts)? Höhe dieser Mehrbeträge im Einzelfall?

Vergleiche Anlage.

- 4.1. Wie hoch waren im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung 1981 die Gesamtausgaben, die Netto- und die Bruttokreditaufnahme des Bundes?

Die vorläufige Haushaltsführung 1981 umfaßte praktisch den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 1981; vgl. Antwort zu Nummer 3.1.

- 4.2. Wie hoch waren (jeweils getrennt nach Rechtsgrundlage und Höhe sowie insgesamt) die für diese Kreditaufnahmen zur Verfügung stehenden Kreditermächtigungen?

Kreditermächtigungen während der vorläufigen Haushaltsführung 1981:

- a) Noch nicht verbrauchte Kreditermächtigungen  
(§ 18 Abs. 3 BHO) 6,7 Mrd. DM
- b) Ermächtigungen für Anschlußfinanzierungen 1981  
(§ 1 Abs. 2 Reichsschuldenordnung)  
in Höhe der Tilgungsverpflichtungen  
bis Juli 1981 31,3 Mrd. DM
- c) Kreditermächtigungen gemäß Artikel 111  
Abs. 2 GG 13,5 Mrd. DM.

- 5.1. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (Interview mit „Bild“ vom 29. Juli 1981), daß die Durchschnittsarbeitslosenzahl in diesem Jahr höher als die bisher erwarteten 1,2 Millionen ausfallen wird?

Die Bundesregierung geht aufgrund der jüngsten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt davon aus, daß sich die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 gegenüber den bisherigen Annahmen leicht erhöhen wird.

- 5.2. Wenn nein, worauf stützt die Bundesregierung angesichts der Juli-Arbeitsmarktzahlen diesen Optimismus?

entfällt.

- 5.3. Wenn ja, mit welchen Jahresdurchschnittszahlen für Arbeitslose und Kurzarbeiter rechnet die Bundesregierung nunmehr auf Grund der neuesten Arbeitsmarktentwicklung (Gegenüberstellung der neuen Jahresdurchschnittszahlen mit den bisherigen Annahmen)? Zu welchen Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt wird das führen (Mehrausgaben und Mindereinnahmen der Bundesanstalt und des Bundeshaushalts)?

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren durchschnittlich 1,198 Mio. Arbeitslose gemeldet. In dieser Durchschnittszahl sind die von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Wintermonate enthalten, so daß selbst bei einer Stabilisierung des von Sondereinflüssen überlagerten Juli-Trends keine die Durchschnittszahlen gravierend verändernden Entwicklungen zu erwarten sind. Derzeit ist nicht auszuschließen, daß die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 rd. 1,25 Mio. erreichen kann.

Die veränderte Prognose für den Arbeitsmarkt ist u. a. auf die Entwicklung im Bereich der Kurzarbeit zurückzuführen. Das Instrument der Kurzarbeit wurde von Januar bis Juli 1981 in etwas geringerem Umfang in Anspruch genommen als erwartet.

Je 10 000 Arbeitslose führen zu einer Ausgabensteigerung in Höhe von etwa 120 Mio. DM. Ob und inwieweit sich aus der höheren Zahl von Leistungsempfängern über die im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit veranschlagten Gesamtausgaben hinaus Mehrbelastungen ergeben werden, kann nur aus der Entwicklung aller Ausgabepositionen der Bundesanstalt für Arbeit abgeleitet werden. Aussagen hierzu sind derzeit noch nicht möglich.

Bundesministerium der Finanzen  
Bonn, den 24. August 1981

**Anlage**

*Übersicht*

*über die Abweichungen der Ist-Ergebnisse bis zum Monat Juni  
einschließlich vom zeitanteiligen Haushalts-Soll 1981 von 10 Millionen DM und darüber  
hier nur Ausgaben · Ist ≥ anteiliges Soll + 10 Mio. DM*

Kap./Titel ZN	Zweckbestimmung	zeitanteiliges Soll 1981	Ist-Ergebnis	Abweichung*
			– in Millionen DM –	
0806/83102	Kapitalzuführung an die Salzgitter AG	50	100	50
0806/83104	Kapitalzuführung an die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG, Bonn	30	54	24
0809/68201	Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und die Monopolverwaltung für Branntwein in Berlin	105	136	31
0902/53222 02	Maßnahmen zur Sicherung der Mineralölversorgung	168	231	63
0903/42541 04	Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte	1	19	18
0909/42551 05	Durchführung von Aufträgen für Dritte und Bundesbehörden	1	17	16
1002/65206	Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft	230	421	191
1108/42337 03	Ausgaben für Zivildienstleistende	174	192	18
1110/68101 bis 68104	Versorgungsbezüge für Beschädigte, Witwen, Witwer, Waisen und Eltern	5 237	6 126	890
1112/61631 03	Liquiditätshilfe an die Bundesanstalt für Arbeit	3 945	5 290	1 344
1112/68351 05	Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik	30	72	42
1113/64605	Leistungen des Bundes für Aufwendungen nach dem Mutterschutzgesetz	626	720	94
1113/65601	Zuschuß des Bundes an die Rentenversicherung der Arbeiter	7 411	8 840	1 429
1113/65602	Zuschuß des Bundes an die Rentenversicherung der Angestellten	1 972	2 293	322
1113/65603	Zuschuß des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung	4 250	4 934	684
1202/86211 01	Seeschiffahrtshilfen	160	178	18

\* Differenzen durch Rundungen

Kap./Titel ZN	Zweckbestimmung	zeitanteiliges Soll 1981	Ist-Ergebnis	Abweichung*
			– in Millionen DM –	
1218/62301	Zinsen und Tilgungen der anderweitig zur			
62302	Finanzierung des Bundesanteils aufgenommenen			
88202	Darlehen sowie Finanzhilfen an die Länder für			
89101	Verkehrswege des öffentlichen Nahverkehrs	580	642	62
1402/53801	Fracht- und Nebenkosten für Material-			
53802	lieferungen usw.	71	83	12
1402/45311 01	Kosten der militärischen Ausbildung im Ausland			
	und durch ausländische Stellen	125	185	59
1408/44312 01	Zahnärztliche Behandlung	48	65	17
1411/55401	Beschaffung von Bekleidung	188	222	34
1412/51701	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude			
	und Räume	529	586	57
1412/54702	Betrieb und Bewirtschaftung des			
	NATO-Übungsplatzes	0	16	16
1415/55304	Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeug-			
	materials der Streitkräfte	660	721	61
1415/55404	Beschaffung von Munition	743	761	18
1415/55405	Beschaffung von Feldzeugmaterial usw.	280	309	29
1418/55301	Erhaltung von Schiffen, Betriebswasser-			
	fahrzeugen, Booten, schwimmendem und			
	sonstigem Marinegerät	227	297	69
1418/55401	Beschaffung von Schiffen usw.	407	542	134
1419/55301	Erhaltung von Flugzeugen, Flugkörpern usw.	630	672	42
1419/55401	Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern usw.	562	677	115
55404				
1419/55402	Beschaffung des Waffensystems MRCA	1 532	1 923	391
1420/55111	Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung	455	492	37
1420/55116	Entwicklung des neuen Kampfflugzeuges MRCA	155	187	32
1422/55931	Beitrag zu den Beschaffungskosten (AWACS)	110	151	41
1422/55911 01	NATO-Infrastruktur	130	182	52
1423/42315 01	Sozialversicherungs- und Arbeitslosen-			
	versicherungsbeiträge für wehrpflichtige			
	Soldaten	690	705	15
1502/63671 07	Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz	9 616	9 680	63
2502/64201	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	550	585	35

\* Differenzen durch Rundungen

Kap./Titel ZN	Zweckbestimmung	zeitanteiliges Soll 1981	Ist-Ergebnis	Abweichung*
			– in Millionen DM –	

2502/62242 05	Förderung des Wohnungsbau zugunsten von Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten und Zuwanderern aus der DDR und Berlin (Ost) sowie ihnen gleichgestellten deutschstämmigen Personen aus dem Ausland – Abwicklung –	77	122	45
2503/85209	Darlehen an Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbau	234	304	70
3003/68601	Leistungen an die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf	83	111	28
3004/68341 03	Förderung der Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der technischen Kommunikation	25	37	12
3005/89310	Förderung der Reaktorentwicklung	197	233	36
3005/68555 06	Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KFA) in Jülich	163	183	20
3006/68323 04	Förderung von Forschung und Entwicklung für bodengebundenen Transport und Verkehr	131	167	36
3006/68522 07	Förderung der Polarforschung	43	88	45
3103/65211 01	Bundesausbildungsförderungsgesetz	1 200	1 656	456
3105/88201 88205	Aus- und Neubau von Hochschulen Studentenwohnraumförderung	360	450	90
3205	Verzinsung (Ausgaben)	8 509	11 116	2 606
3209/66104 66105	Übernahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes für Anleihen der Deutschen Bundesbahn	29	40	11
3209/66301 66302	Übernahme des Zinsen- und Tilgungsdienstes für Kredite zur teilweisen Finanzierung von Krankenhausinvestitionen usw.	84	112	28
3307/64201	Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder usw.	566	660	94
3307/64301	Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden usw.	68	88	20
6002/54001	Prägekosten, Metallbeschaffungskosten für Münzen usw.	47	61	13
6004/68801	Pauschalsumme zur Abgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftwagen im Verkehr in und durch die DDR	25	50	25
6004/89302	Ausgaben auf Grund des Deutsch-Amerikanischen Devisenausgleichabkommens vom 25. April 1974	0	13	13

\* Differenzen durch Rundungen

Kap./Titel ZN	Zweckbestimmung	zeitanteiliges	Ist-Ergebnis	Abweichung*
		Soll 1981		
– in Millionen DM –				

6005/61211 01	Bundeshilfe für Berlin	4 866	4 998	131
6005/67821 02	Leistungen des Bundes an die DDR zur Erleichterung des Berlin-Verkehrs	499	588	89

\* Differenzen durch Rundungen